

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobahn monatlich 2,00 M. Durch
den Postweg vierteljährlich 6,00 M., unter Vorbehalt für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Westerntorplatz 10. Tel. 35261.
Druckerei: Westerntorplatz 10. Tel. 35261.
Veröffentlichung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7spaltige Normzeile 20 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3spaltige Normzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an son-
ntagsgeschlossenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 278

Dresden, Dienstag den 2. Dezember 1919

30. Jahrg.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Genossinnen und Genossen!

Die furchtbare Not, unter der das deutsche Volk leidet, ist die Folge des schrecklichen Krieges. Die Schuld am Kriege fällt zum größten Teil auf die imperialistische Politik, die in allen Ländern betrieben worden ist, in Deutschland waren die Konservativen und Nationalliberalen, die Altpreussischen, die Vaterlandsparteiler und wie sie sich sonst noch genannt haben mögen, die Träger des Imperialismus. Soweit die Schuld am Kriege auf deutscher Seite liegt — und es kommt leider ein gerüttelt Maß von Schuld auf Deutschland! — tragen also diejenigen Politiker und Parteien die Verantwortung, die sich jetzt „national“ und „deutsch-national“ nennen, in Wirklichkeit aber nichts anderes sind als die Konservativen und Nationalliberalen von früher.

Die Kriegsschuldigen sind es, die auch die Verantwortung tragen für das jetzige Friedenselend.

Noch ist nicht abzusehen, wann das deutsche Volk sich wieder erheben kann, wann es sich wieder anständig kleiden und Schuhwerk zu erträglichen Preisen beschaffen kann. Es fehlt uns an Rohstoffen aller Art, ebenso an Kohlen, an Brot, Fett, Fleisch und Kartoffeln. Unsere Mark ist im Auslande nur noch wenige Pfennige wert, so daß für die Ausländer unsere Warenpreise spottbillig, für uns selbst aber unerschwinglich hoch sind. In der Tat kaufen denn auch die Ausländer Deutschland auf.

Deutschland ist durch die Schuld der „Nationalen“ ein hungerndes und frierendes Bettelvolk geworden. Sobald das Volk über die Schuld im klaren ist, sobald es also die ganze Wahrheit erkannt haben wird, sind die schuldigen Parteien für alle Zeiten gerichtet und erledigt. Das wissen die Herren, die sich zu Helfferich und Ludendorff gesellen und den Feldmarschall Hindenburg als Stütze zu benutzen suchen, sehr wohl. Deshalb wollen sie mit allen Mitteln die Wahrheit ver-
tuschen.

Nicht der Krieg soll die Not und das Elend verschuldet haben, sondern die Revolution. Dabei war die Revolution nur die unausbleibliche Folge des Kriegselends und des vollkommenen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruchs. Begannen Not und Elend für das deutsche Volk etwa erst am 9. November 1918? Nein! und ein tausendmal nein! Jahrelang hat das belogene und betrogene deutsche Volk im Kriege schon die Qualen des Hungers erlitten. Die jetzige Regierung, der man die Schuld an den entsetzlichen Zuständen zuschreiben möchte, ist im Grunde genommen nichts anderes, als die Konkursverwalterin des alten, durch die Schuld der früheren Gewalthaber zusammengebrochenen Deutschland! Wo in aller Welt hat man jemals die Dreistigkeit gehabt, die Konkursverwalter für den voraus-
gegangenen Bankrott verantwortlich zu machen?

Die verlogene nationale Politik der „Kaisertreuen“ soll auch nach dem Kriege und nach der Revolution fortgesetzt werden. Die nationalen Redner und Schriftsteller stellen die Dinge so dar, als wenn die von ihnen vertretenen Parteien für alle die Nahrungsmittel und Rohstoffe,
Berlin, den 29. November 1919.

die uns fehlen, sorgen könnten. Denn was anderes bedeuten sonst die Vorwürfe gegen die seitherigen Revolutionsregierungen, daß sie das Volk nicht zufriedenzustellen könnten?

Die Kaisertreuen, die die republikanische Verfassung ablehnen, die republikanische Regierung stürzen wollen, haben gerade in den letzten Wochen eine sehr lebhaftige Agitation entfaltet. Die Straßendemonstrationen in Berlin aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs, das rege Treiben der vielen Einwohnerwehren, das Verteilen von Waffen an die Gutsbesitzer und viele andre Anzeichen mehr machen es uns zur Pflicht, die Arbeiterschaft in Stadt und Land zur Wachsamkeit und zur entschlossenen Sammlung der eigenen Kräfte aufzurufen.

Parteigenossen! Tretet sofort überall in die Einwohnerwehre ein!

Die Waffen in der Hand eines reaktionären Bürgeriums sind eine Gefahr, in der Hand unserer Parteigenossen sind sie die Garantie für den Bestand der Republik.

Wenn dem Eintritt von Arbeitern irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden, so meldet es uns sofort.

Die Regierung fordern wir auf:

1. den Belagerungszustand aufzuheben, um der Arbeiterschaft die notwendige Bewegungsfreiheit im Kampfe gegen die Reaktion zu schaffen,
2. die Kriegsdokumente schnellstens zu veröffentlichen, um dem Volke volle Klarheit zu verschaffen über die verbrecherische Politik, die zum Kriege geführt hat.

Jeder Versuch, die Republik zu stürzen, wird zwar an dem geschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft scheitern, aber jeder solcher Versuch würde kostbares Menschenblut kosten und ein Spiel mit der Einheit Deutschlands bedeuten.

Genossen und Genossinnen! Die Situation ist ernst, denn je zuvor. Immer neue Verpflichtungen legt uns die Entente auf, immer schwerer wird die Last, die wir tragen sollen. Durch die Zurückhaltung unserer gefangenen Soldaten quält Frankreich nahezu jede einzelne deutsche Familie in grausamer Weise. Räte zu allen diesen Leiden auch noch die alte Unfreiheit unter der Herrschaft des preussischen Junkertums, so wäre das unerträglich und die Anarchie müßte die unausbleibliche Folge sein. Dem muß entgegen gearbeitet werden. Wir müssen und wollen die junge Republik schützen und die Demokratie sichern, auf daß wir auch dem Sozialismus die Wege ebnen!

Seid pflichtbewußt! Nehmt im ganzen Lande den Kampf auf gegen die Reaktion. Veranstaltet Versammlungen in größtem Umfange, wie es in Berlin und andern Orten Deutschlands bereits geschehen ist und weiter geschehen wird. Stärkt die Organisationen und werbt neue Leser für die Parteipresse!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kaiserliche Randbemerkungen

Durch eine fessame Indiskretion erscheint Rautschs Buch „Alle der Weltkrieg entstand“, dessen Inhalt sich auf das Studium des gesamten deutschen Kriegsmaterials stützt, im Auslande, noch ehe sein Inhalt in Deutschland bekannt ist. Ein Berliner Blatt, der Volksanzeiger, veröffentlicht aus der Auslandspreise entnommene Auszüge, die freilich mit Vorbehalt zu genießen sind, weil sie einmal an sich schon Auszüge aus zweiter Hand darstellen, und fobann in ihrer Objektivität noch weiter durch das sichtbare Bestreben des Volksanzeigers herabgemindert werden, die Belassung des wilhelminischen Systems zu vertuschen und zu bekräftigen.

Tennoch enthält selbst dieser gefährliche Auszug einiges Material, das bisher bekannte Bild von den Vorgängen bei Kriegsausbruch um einige Striche bereichert und ein paar wichtige Stellen im Gemälde ausfüllt. Das Charakterbild ist eine Anzahl Randbemerkungen aus der Feder Wilhelms II., die seine Rolle bei Kriegsausbruch in helles Licht rufen.

Das Charakterbild des Kaisers, wie es der nächste Beobachter sah, wird durch die Randbemerkungen nur bestätigt und vertieft: Ein prahlender Großsprecher ohne jedes feine Gefühl, der droht, sich abdrücken und hegt sich drüben und konspiriert, aber zurückprallt und ängstlich wird, sobald die Folgen seines eigenen Tuns auf ihn treten, der, nachdem er selber die Situation auf die Spitze getrieben hat, selbstbewußt und launig über die Schicksale der andern führt.

Aber ein andres sehen wir neu: Die verhängnisvoll entscheidende Rolle, die dieser minderwertige Charakter gespielt hat, als es sich um Wohl und Wehe von vielen hundert Millionen Menschen handelte. Wagnutlos tut sich die Schuld eines Systems auf, das diesem hilflosen Menschen das entscheidende Wort über Krieg und Frieden ließ.

Zuerst sehen wir Wilhelm den Mutigen, dessen Mut wie gewöhnlich aus der Angst geboren wurde. Der Nord von Serajewo ist für ihn zunächst eine Angelegenheit des dynastischen Interesses. Gegen Königsmörder muß vorgegangen werden — um der eigenen Sicherheit willen! Ohne jede Überlegung schließt sich der Kaiser nach dem Attentat der Ansicht des alten Franz Joseph an. In einem Handwritten vom 3. Juli 1914 an seinen Verbündeten nennt er Belgien „den Herd verbrecherischer Agitation“, der ausgerottet werden mußte.

Am 10. Juli 1914 wird sich Wilhelm in die Wutphase. In dem Brief, den Schürst am 30. Juni an den deutschen Reichskanzler richtete und der den Wunsch ausdrückt, mit den Serben gründlich abzurechnen, bemerkt Wilhelm: „Jetzt oder nie“.

Er fördert weiter die Kriegslust des Kaiserreiches gegen Serbien, wobei aber seine Voransicht über einen Krieg mit Serbien, allenfalls noch mit Rußland nicht hinausgehen scheint. In Potsdam findet die berühmte Beratung statt, die freilich kein Kronrat ist, sondern ein Militärat. Teilnehmer sind Tirpin, ein Vertreter der Admiralität, ein Vertreter des Kriegsministeriums und einer des Generalstabs. Es wird beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen.

Graf Berchtold berichtet am 10. Juli, daß man jetzt in Wien zu einem Entschluß kommen konnte. Wilhelm unterrichtet das jetzt und bemerkt unglücklich, es dauere recht lange, bis man zu einem Entschluß komme. Seine Ungeduld ist kaum noch zu zügeln. Als Berchtold weiter erklärt, daß es das Ultimatum so stellen wolle, daß Serbien es unumwunden annehmen könne, macht Wilhelm in einer Randbemerkung sofort praktische Vorschläge: „Den Sandhaufen dämmen, damit der Brand nicht sofort da“. In der Bemerkung des Grafen Tirpin, daß man gentlemanlike vorgehen müsse, bemerkt Wilhelm höhnisch: „Gegenüber Mördern und nach dem, was vorgefallen ist!“

So sehen wir Wilhelm kräftig und mit Energie die österreichische Kriegsbekämpfung fördern. Er hegt und schürt nach Kräften. Dann begibt er sich auf die Verhandlung, um Europa in Sicherheit zu bringen. Als er zurückkehrt, ist der Konflikt durch die österreichische Kriegserklärung bereits auf den Höhepunkt. Aber Wilhelm ist noch müde, er will nicht zurück. Alle Vermittlungsvorschläge weist er ab mit der Bemerkung, daß er dem Bundesgenossen nicht in den Arm fallen dürfe. Auf die Depesche des Jaren Nicosaus vom 20. Juli:

Das Telegramm enthält eine verheerende Drohung und die einem Befehl ähnliche Aufforderung, dem Alliierten in den Arm zu fallen.

In einer Randbemerkung zum Verichte Lidonov (11) über den ersten Eindruck, den die Nachricht der Note in London hervorgelassen habe, bezeichnet Wilhelm die Serben fürhin als eine Räuberbande. In der von Sir Edward Grey angebotenen Vermittlung bemerkt Wilhelm am Rande des diplomatischen Verkehrs:

Es ist überflüssig, denn Österreich hat England schon orientiert und es kann ja nichts anderes vorzulegen. Ich treue nicht mit; nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich ist. — In Wien und anderen Orten konfliktiert man andre nicht.

Gren hatte eine Vermittlung durch die vier Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien vorgeschlagen. Wilhelm erklärte: „Ich tue nicht mit.“ — Als am 27. Juli aus den Bemerkungen Grey's gegenüber Vidukovits klar wird, daß England in dem Kriege nicht ablehnen würde, aber die bisherige Freundschaft mit Deutschland pflegen wolle,